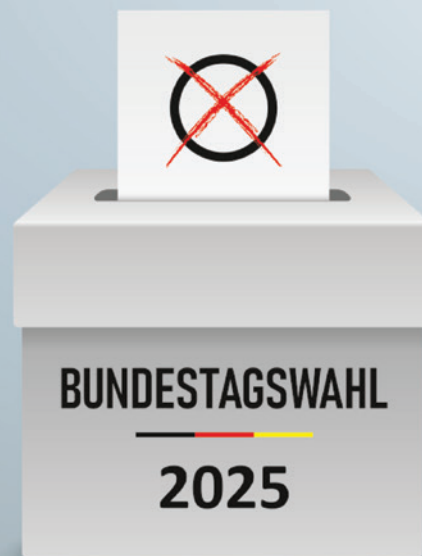


Gesundheitspolitik? **Fehlannonce!**

Bundestagswahl. Es ist keine leichte Zeit für Deutschland – für Europa und für die Welt. Alte Gewissheiten gibt es nicht mehr, neue Allianzen stehen am Rande ihrer Belastbarkeit. Und mittendrin: eine Bundestagswahl, neue Mehrheiten, alte Probleme. Gesundheitspolitische Fragen bleiben erst einmal unbeantwortet und im Sondierungspapier einer neuen Koalition so gut wie unsichtbar.

Autorin: Sabine Schmitt



„Und wieder fiel Gesundheitspolitik hinten runter: In gerade mal drei recht dürren Sätzen kamen Gesundheit und Pflege im elfseitigen Sondierungspapier von CDU/CSU und SPD vor.“

Gesundheitspolitik entscheidet keine Bundestagswahlen. Auch wenn sie alle Menschen in Deutschland betrifft, sei es als Patientinnen und Patienten oder auf der Seite der im Gesundheitsbereich Tätigen. Und gleichgültig, ob die Menschen zur einen oder zur anderen Gruppe gehören – zufrieden mit der Gesundheitspolitik und den politisch Handelnden ist kaum jemand. Dennoch: Wahlen folgen ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten, und dazu gehört, dass Gesundheitspolitik bei den Wählerinnen und Wählern eher ein Nebenschauplatz und nicht wahlentscheidend ist. Während einer Legislatur allerdings ist gerade die Gesundheits- und Sozialpolitik einer Bundesregierung entscheidend für sozialen Frieden und die Zufriedenheit oder eben den Unmut in der Bevölkerung.

Auch bei der jetzt wenige Wochen zurückliegenden Bundestagswahl spielte das komplexe Feld der Gesundheitspolitik keine Rolle. Migration, Sicherheit, Wirtschaftspolitik – das waren die bestimmenden Themen. Der Wahlkampf war kurz und umso heftiger. Wahlkampf ist die Zeit der einfachen Botschaften und Schlagworte, auch wenn kein Schlagabtausch gescheut wird und es noch so viele Kandidatenduelle zur Primetime im Fernsehen gibt. Und um 18.01 Uhr des Wahlsonntags kehrt Frieden ein, sind Anfeindungen (meist) ebenso vergessen wie so manches Wahlversprechen. Und in diesem Jahr musste es besonders schnell gehen mit dem Switch von Destruktion zu Kooperation, von Wahlversprechen zu Fakten.

Schnelle Sondierung – kaum Gesundheit

Als klare Wahlsieger gingen erwartungsgemäß CDU und CSU aus der Bundestagswahl hervor. Doch die Freude war nicht überbordend, weil schnell klar war, dass es für eine Regierungskoalition nur eine Option für die CDU/CSU gibt: die Zusammenarbeit mit der SPD. Eine Koalition mit der AfD, die auf mehr als 20 Prozent der Stimmen kam, hatte CDU-Chef und Kanzlerkandidat Friedrich Merz bis zur Bundestagswahl vehement ausgeschlossen, weshalb diese Option nicht infrage kam. Die FDP schaffte es nicht mehr über die Fünf-Prozent-Hürde, ebenso wenig wie das BSW. Die Grünen schnitten auch nur mit einem mittelpträglichen Ergebnis ab und einzig die Linken konnten massiv zulegen. Die Koalitionsoaussichten für CDU/CSU beschränkten sich deshalb auf ebenjenes eine Zweckbündnis: eine Neuauflage einer früher „Große Koalition“ genannten Zusammenarbeit mit der SPD.

Die Sondierung für Koalitionsgespräche konnten die Verhandlungsführer denn auch schnell abschließen. Und wieder fiel das drängende Thema Gesundheitspolitik hinten runter: In gerade mal drei recht dürren Sätzen kamen Gesundheit und Pflege im elfseitigen Sondierungspapier von CDU/CSU und SPD vor. Wenig konkret, wenig aussagekräftig. Da bleibt viel Spielraum für einen Koalitionsvertrag. Dieser soll, wenn es nach dem Willen der voraussichtlichen neuen Koalitionäre geht, Mitte April unterschrieben werden.



„Zahnmedizin gehört nicht zu den Kostentreibern im GKV-System, wurde jedoch überproportional an den Sparmaßnahmen beteiligt.“

Delta zwischen Einnahmen und Ausgaben

Auch wenn Gesundheitspolitik keinen Einfluss auf das Wahlgesehen hat. Sozialpolitisch gesehen birgt die Gesundheitspolitik in Deutschland großen Sprengstoff. Schon in den vergangenen Jahren mussten Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) Beitragserhöhungen in nicht unerheblicher Höhe hinnehmen. Das Defizit der Krankenkassen für 2024 entpuppte sich (nach der Bundestagswahl) als deutlich höher als ursprünglich erwartet: 6,2 Milliarden Euro statt erwarteter 4,5 Milliarden Euro – das sind für die kränkelnden Kassen kein Pappenstiel. Die Ausgaben der GKV – vor allem in den Bereichen Krankenhaus und Pharma – steigen seit Jahren exorbitant. Die Zahnmedizin gehört nicht zu den Kostentreibern im GKV-System, wurde jedoch überproportional an den Sparmaßnahmen in der GKV beteiligt.

Das sich auftuende Delta zwischen Einnahmen und Ausgaben in der GKV wird derzeit nur durch Beitragserhöhungen für die Patienten gefüllt. Schon jetzt kündigten Krankenkassen an, dass weitere Beitragserhöhungen im Laufe des Jahres unvermeidbar seien. Ein Krankenkassenchef tätigte die Aussage, dass er der Ansicht sei, die Politik sei gerade dabei, die Kontrolle über die Ausgaben im Gesundheitswesen vollständig zu verlieren. In den vergangenen drei Jahren wurde durch den Gesetzgeber versucht, mit stark umstrittenen Mitteln, wie beispielsweise der strikten Budgetierung und prozentualen Absenkung der Honorare bei Zahnärzten, die Finanzen der GKV zu stabilisieren. Doch die gießkannenartig verteilten Sparmaßnahmen in unterschiedlichen Bereichen führten nicht zum erwünschten Ergebnis der Finanzstabilisierung, da die Ausgabenproblematik nicht von grundlegenden und durchgreifenden Reformen begleitet wurde.

Wer verhandelt um die Zukunft der Gesundheit?

Es sind 16 Gesundheitspolitiker von CDU (6), CSU (3) und SPD (7), die den Bereich Gesundheit und Pflege im neuen Koalitionsvertrag verhandeln sollen. Wer am Ende als neuer Gesundheitsminister oder neue -ministerin das BMG führt, entscheidet sich erst später. Die Verhandlungen für die neue Koalition führt aufseiten der CDU/CSU der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann. In seinem Bundesland hat er eine allseits respektierte Krankenhausreform umgesetzt – und er ist bekannt dafür, dass er Vertretern der Selbstverwaltung, (Zahn-)Ärzteschaft, Pflegebereich und Krankenhaus sehr gut zuhört. Überhaupt sind bei den Koalitionsverhandlungen viele Ministerinnen und Minister oder politische Schwergewichte aus den Ländern dabei, die sich ebenfalls in der vergangenen Legislatur nur bedingt Gehör auf Bundesebene verschaffen konnten. Die CSU beispielsweise hat den ehemaligen bayerischen Gesundheitsminister und jetzigen CSU-Fraktionsvorsitzenden des Landtags, Klaus Holetschek, ins Rennen geschickt, dem Chancen als neuer BMG zugeschrieben werden, sollte die CSU das Gesundheitsressort besetzen. Die CDU entsendete unter anderem den prominenten Virologen und Parlamentsneuling Hendrik Streeck zu den Verhandlungen, der wie Laumann aus Nordrhein-Westfalen kommt. Für die SPD hat anders als erwartet nicht Karl Lauterbach (ebenfalls aus NRW) die Verhandlungsführung übernommen, sondern wie bereits 2021 Katja Pähle, SPD-Fraktionsvorsitzende in Sachsen-Anhalt.

„Die Herausforderungen werden gigantisch sein: Um Gesundheit in Zukunft finanzieren zu können, bedarf es weitreichender Strukturreformen.“

11

April 2025 - Der Freie Zahnarzt

In der Analyse, dass kurzzeitig ins System gepumptes Geld die GKV-Misere nicht grundlegend beseitigt, sind sich alle einig. Strukturreformen müssen her, die Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach zwar ankündigte, aber kaum umsetzte. Eine einnahmenorientierte Ausgabenpolitik muss her: bessere Patientensteuerung, kostendeckende Beitragszahlungen aus Steuermitteln für Bürgergeldempfänger und andere versicherungsfremde Leistungen. Doch Reformen, die jetzt schnell greifen, gibt es nicht. Die Krankenhausreform, die es auf den letzten Meter der Ampelkoalition noch über die Ziellinie geschafft hat, hilft noch nicht weiter. Mit einer neuen Bundesregierung soll auch da noch nachgebessert werden. Die Finanzierung des Krankenhaus-Transformationsfonds (50 Milliarden Euro innerhalb von zehn Jahren) ist noch immer nicht abschließend klar. Hier spekulieren GKV und Länder auf eine Beteiligung durch das Infrastruktur-Sondervermögen, das CDU/CSU und SPD in Höhe von 500 Milliarden Euro noch mithilfe der Grünen und dem alten Bundestag beschlossen haben.

Bedarf an Strukturreformen

Neue Reformansätze für das Gesundheitswesen müssen in einer neuen Koalition überhaupt erstmal erdacht werden und hängen dann enorm davon ab, welche Partei die neue Gesundheitsministerin oder den neuen -minister stellt. Einige der Reformprojekte, die Lauterbach als Gesundheitsminister auf den Weg bringen wollte, liegen noch auf Halde, andere nicht einmal in der Schublade. Wer auch immer das Gesundheitsressort führen wird – ob es ein „Superministerium“ gemeinsam mit dem Sozialministerium oder ob Gesundheit allein als Ministerium bestehen bleibt, die Herausforderungen und Aufgaben werden gigantisch sein, denn um Gesundheit in Zukunft weiterhin finanzieren zu können, bedarf es weitreichender Strukturreformen des Gesundheitssystems – und dies nicht nur für den Krankenhausbereich. Reformen können aber nur greifen, wenn es eine grundsätzliche Veränderungsbereitschaft und die Überzeugung gibt, dass die Veränderungen sinnvoll, nutzbringend und zielführend sind.

Davon muss eine neue Ministerin oder ein Minister nicht nur Patientinnen und Patienten überzeugen, sondern auch Ärztinnen, Ärzte, Assistenzpersonal, Apothekerinnen und Apotheker, Krankenkassen und Selbstverwaltung mitnehmen. Darin könnte die größte Herausforderung der nächsten Legislatur liegen. In den vergangenen drei Jahren der Ampelkoalition ist im Gesundheitsbereich sehr viel Vertrauen verspielt worden. Das entstandene Misstrauen erst einmal abzutragen und zarte Pflänzchen von Kooperation einzusetzen, wird die erste Aufgabe einer neuen BMG-Führung sein. Dann erst kommen die konkreten Reformen. ■

ANZEIGE

Präsenz + Live-Streaming + on demand
www.adt-jahrestagung.de

ADT

53. Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft
Dentale Technologie e.V.

19.–21. Juni 2025
K3N-Stadthalle Nürtingen

Schwerpunktthema:

Bis zu
24
Fortbildungs-
punkte

**Zahnmedizin und Zahntechnik
im Spannungsfeld zwischen
Tradition und Algorithmen**

ZTM Michael Bergler, ZT Oliver Brix, Prof. Dr. Florian Beuer, MME, Prof. Dr. Bernd Kordaß, Prof. Dr. Yorck Lin, ZTM Otto Prandtner, ZTM Stefan Schunke, Prof. Dr. Dipl. Ing. (FH) Bogna Stawarczyk, M.Sc. und viele weitere hochkarätige Referenten

ADT young talents
The next generation of speakers

Die Nachwuchsförderung
der ADT

Studenten,
Meisterschüler
+ Azubis haben
freien
Eintritt!

www.adt-jahrestagung.de

Auskunft und Informationen

Arbeitsgemeinschaft Dentale Technologie e.V.
Telefon +49 (0) 6359 – 308787, Telefax +49 (0) 6359 308786
ADT-Geschäftsstelle: Marion Becht, becht@ag-dentale-technologie.de



Anmeldung



www.ag-dentale-technologie.de